



... KOMMT NACH BERLIN

BLACK PANTHER

EIN SCHRITT VORWÄRTS ZUR ORGANISIERTEN UNTERSTÜTZUNG DER BLACK PANTHER PARTY

"Der Kapitalismus ist ein Blut-sauger, der mit einem Stachel das Proletariat der Metropolen, mit dem anderen das Proletariat in den Kolonien ausaugt. Wenn man das Vieh töten will, muß man beide Stachel auf einmal ausreissen. Reißt man nur einen aus, so wird der andere weiter das Blut des Proletariats saugen - das Vieh wird weiterleben und der Stachel nachwachsen."
(Ho Chi Minh 1924)

Am letzten Wochenende wurde für Westdeutschland und Westberlin ein Solidaritätskomitee für die Black Panther Party gegründet. Dieses Komitee entstand in Zusammenarbeit mit dem Zentralkomitee der Black Panther in Oakland.

Die Gründung dieses Komitees stellt eine neue Form internationalistischer Solidarität dar, da das Solidaritätskomitee die feste Zusammenarbeit mit dieser revolutionären Partei in den USA organisieren will.

Das Komitee besteht aus 6 Genossen (4 in Frankfurt, 2 in Westberlin). Die Adresse ist:

Solidaritätskomitee für die Black Panther Party,
c/o Sozialistischer Club
6 Frankfurt/Main 1
Postfach 2441

bzw Berlin:
Buchhandlung Karin Röhrbein,
Ludwigkirchstr.4

Das Zentralkomitee der Partei hat dem Komitee folgende Aufgaben übertragen:

- 1) Aufklärung über den Kampf der Partei und über den faschistischen Terror der herrschenden Klassen in den USA
- 2) Agitation und Propaganda unter den in Deutschland stationierten GI's,
- 3) materielle Unterstützung der Partei.

Um mit der Realisierung der Aufgaben dieser Partei zu beginnen, hat das Komitee in Zusammenarbeit mit Genossen der Black Panther Party, dem Vietnamkomitee in Berlin und verschiedenen Gruppen in Westdeutschland beschlossen, die Vietnamkampagne mit einer Kampagne für die Black Panther Party zu verbinden. Die Verbindung zu Vietnam und unserer Vietnamkampagne läßt sich an mehreren Punkten konkret aufzeigen.

Die vorangegangenen und noch zu erwartenden Demonstrationen der

Vietnam-Moratorien in den USA stellen uns vor die Aufgabe, uns mit den Organisationen und Gruppen zu solidarisieren, die für die Eröffnung einer zweiten Front im Grenzland des Imperialismus in Frage kommt. Die BPP steht in Verhandlungen mit der provisorischen revolutionären Regierung Südvietnams und der Regierung der DRV über den Austausch von Kriegsgefangenen in Vietnam gegen politische Gefangene in den USA. Diese Forderung ist in Paris von der FFL-Delegation bereits vorgebracht worden, wird jedoch von der Regierung der USA tolgeschwiegen, weil sie die internationale Aufwertung der Partei und die damit verbundene Aufklärung über den faschistischen Terror in den USA verhindern will. Deshalb müssen wir diese Forderung nach Gefangenenaustausch übernehmen.

Da für Mitte Dezember in den USA neue Moratoriums-Demonstrationen geplant sind, beginnen wir unsere Kampagne am Freitag, dem 12. 12. mit einem Teach-in im Auditorium der TU Berlin (20.00 Uhr), auf dem 2 Mitglieder des Zentralkomitees der Black Panther Party ihre Einschätzung der Vietnam-Moratorien, des nationalen Kampfes der unterdrückten Nationen in den USA und ihres Kampfes geben werden. Am Samstag, dem 13. 12. werden wir in Berlin eine Demonstration veranstalten, auf der wir die Forderung nach dem Sieg im Volkskrieg in Vietnam mit der Unterstützung der BPP und ihres Kampfes verbinden werden. Anschließend werden die Genossen der BPP in die Städte des Süddeutschen Raumes fahren, in denen größere Massen amerikanischer Truppen konzentriert sind. Die Kampagne wird am 21. 12. in Frankfurt ihren vorläufigen Abschluß finden. Die Westdeutschen Gruppen, die sich an dieser Kampagne beteiligen wollten, bitten wir, sich an die oben genannte Adresse in Frankfurt zu wenden.

um Informationsmaterial und genaue Termine zu erhalten. Um bestimmte Fehler internationalistischer Kampagnen der Vergangenheit in Berlin zu vermeiden, werden das Vietnamkomitee Berlin und das Solidaritätskomitee Informationen bereitstellen, das Grundraster einer Agitation in Berlin sein soll. In diesem Material werden bestimmte, auch für Berlin relevante Probleme auch unter dem Aspekt: Was können wir von der BPP lernen, bearbeitet.

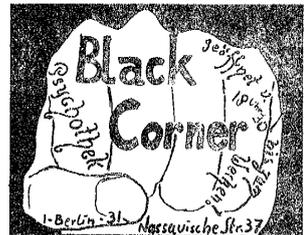
Wir werden dieses Material am Montag, dem 12. um 20 Uhr im RC vorlegen und mit den Gruppen diskutieren. Wir bitten besonders die Betriebsgruppen, Delegierte zu diesem Termin zu schicken.

Vietnam-Komitee
Berlin

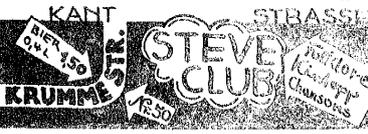
Solidaritätskomitee für die
Black Panther Party



12. 12. 69
TEAM ON



nicht irgend eine, die beste PIZZA
PIZZA ROMA
PIZZERIA ROMA
am RATHAUS SCHÖNEBERG III
Treffpunkt der Luluca
Hohenzollern Str. 60 tgl. ab 12 Tel. 710060



FÜR DEN SCHULKAMPF IN WESTBERLIN

Alle sozialistischen Schüler und Schülergruppen, die ihre Arbeit auf eine überregionale Ebene heben wollen, werden dringend aufgerufen, Kontakt mit dem ZENTRALRAT DER WESTBERLINER SCHÜLERGRUPPEN aufzunehmen, oder wenn möglich, Delegierte zu uns zu schicken. Der Zentralrat trifft sich jeden Donnerstag um 17 Uhr im Republikanischen Club. Er ist gegenwärtig noch im Stadium des Aufbaus befindlich. Es wurde aber immerhin schon folgender vorläufiger Konsensus über Funktionen des Zentralrats erzielt:

- 1) Erfahrungsaustausch über die Basisarbeit an den Schulen,
 - 2) Ad hoc-Kommunikation (schnelle Benachrichtigung der beteiligten Gruppen per Telefon über wichtige, plötzlich eintretende Ereignisse),
 - 3) Aufarbeitung und Diskussion überregionaler Kampagnen,
 - 4) Zentralisation der sexualpolitischen Schülerarbeit (Schüler-INFO, unregelmäßig erscheinendes Presseorgan des Zentralrats, Nr.1)
- Wie weit die Funktion des Zentralrats darüber hinausgehen kann, müsste in weiteren Sitzungen noch ausdijutiert werden. Zur Frage der Organisation kristallisierte sich die Ansicht heraus, daß sich der Grad der Organisation nach den Erfordernissen der Praxis zu richten habe, so daß man die genauere Organisationsform erst nach einigen Erfahrungen festlegen kann. (Schüler-INFO 2)

Um dabei eine genügende Breite zu gewinnen, braucht der Zentralrat auch die Mitarbeit der sozialistischen Schülergruppen, die bisher noch nicht auf den Sitzungen vertreten waren. Obwohl Schüler von 20 Schulen bereits mitarbeiten, sind doch längst nicht alle interessierten informiert, geschweige denn beteiligt. Daher ist die Beziehung "Zentralrat" eher programmatisch aufzufassen, d. h. erst durch die Teilnahme aller in Frage kommenden Gruppen kann seine Arbeit wirksam werden.

DESHALB, GENOSSEN, SCHICKT DELEGIERTE ZU UNS !!!

FÜR DEN ZENTRALRAT:
Hans Wienicke, 1-46;
Bruchwitzstr. 7B, 774 44 97
Joachim Meyer, 1-41,
Wilhelmshöher Str. 18, 821 79 52

Fraktion der Arbeiterkonferenz, Fraktion des SALZ, Basisgruppe Tegel, Basisgruppe Moabit, Betriebsgruppe Schering, Betriebsgruppe NCR, ROTZOG, ROTZING, ROTZBUR, ROTZMAT, ROTZOK, Sozialistisches Anwaltskollektiv, Vietnam Komitee, Inf-Projektgruppe Afrika

JÜRGENS BUCHLADEN DAHLEM DORF
Jürgen Schleicher
1 Berlin 33 Tel. 769 16 25
Königin Luise Str. 40
LINKE LITERATUR + POSTER + GRAFIK (auch Fachbücher) nahe U-Bahn

ERKLÄRUNG DES BEIRATES DER ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ

Auf seiner Sitzung am 23. November hat der Beirat der RPK mit Mehrheit beschlossen, einen Artikel der ML Fraktion zur Organisationsfrage erst nach der Abschlussskonferenz vom 6/7 Dezember zu veröffentlichen. Auf einer außerordentlichen Sitzung des Beirates am 24/11, die zu dem Zweck einberufen war, die verschiedenen anderen, für die nächste Nummer vorgesehenen Artikel zu besprechen, erklärte die Redaktion, daß sie sich von den Beschlüssen des Beirates gebunden sehe und für die Periode bis zur Arbeitskonferenz die politische Verantwortung für die RPK allein an sich nehme. Der Beirat hat daraufhin der Redaktion das Mißtrauen ausgesprochen und übernimmt selbst die Aufgaben der Redaktion bis zur Arbeitskonferenz.

Die Arbeitskonferenz wurde einberufen, als deutlich wurde, daß im Beirat verschiedene Fraktionen auftraten, deren Stellung zur RPK nicht mehr von Fall zu Fall unterschieden werden konnte, sondern grundsätzlich entschieden werden mußte. Von allen im Beirat vor-

tretenen Gruppen war als Ziel der Arbeitskonferenz definiert worden, die Widersprüche der Gruppen offen auszutragen und die Gemeinsamkeiten zu finden, die sich an den Vorstellungen einer nicht-revisionistischen Praxis zu definieren hätten" (RPK Nr. 40). Darüberhinaus erklärten die ML Fraktion und die Ruhr-Kampagne, "daß die Zusammenarbeit der Fraktionen im RPK Beirat die Klärung der gemeinsamen ideologischen Basis voraussetzt". Im Gegensatz dazu und die Ergebnisse der Arbeitskonferenz nicht abwartend, legte die ML Fraktion am Sonntag ein Papier vor, das nicht mehr als Diskussionsbeitrag zur Organisationsfrage verstanden werden kann, sondern die Bekanntgabe einer parteiähnlichen Organisation darstellt. Aus der Diskussion wurde deutlich, daß dies Organisation bereits beachtet, und Kritik zwar zur Kenntnis nimmt, eine organisatorische Veränderung aber nicht mehr von der Diskussion und solidarischen Mitarbeiter der verschiedenen revolutionären Gruppen abhängig macht. In diesem Zusammenhang verstehen die Genossen, die sich Marxisten-Leninisten, die RPK lediglich als eine propagandistische Plattform, deren

bisher pluralistische Konzeption sie zementieren wollen, um von dort aus die Rekrutierungsarbeit für ihre Partei vorantreiben zu können. Damit torpedieren sie alle Bemühungen der übrigen im Beirat vertretenen revolutionären Gruppen, den bisherigen Pluralismus zu überwinden, auf der Arbeitskonferenz den ersten Schritt zur Herstellung einer gemeinsamen ideologischen Basis" zu tun und damit zu einer Neubestimmung der RPK zu kommen.

Der Beirat hält die Gründung einer marxistisch-leninistischen Übergangsorganisation für notwendig. Die Gründung einer solchen Organisation kann aber nicht von einer Scheinfraktion vorgenommen werden, die in ihrem Papier in keiner Weise die Anstrengung macht, die Bedingungen revolutionärer Praxis in der nächsten Etappe der Klassenkämpfe in der BRD und Westberlin anzugeben, die als Konkretisierung ihrer Praxis wie ihrer Organisation nur Schulung zu nennen weiß und einige Begriffe des Marxismus-Leninismus usurpiert, um damit die schwache Linie ihrer Praxis zu kaschieren. Nach der Arbeitskonferenz wird das Papier der "ML" als Dokument der schwarzen Linie abgedruckt und kritisiert werden.

IMPERIALISMUS UND TERROR

Genossen, die sich nur "Kultur" zählen, hatten sich vorgenommen, in der Woche vor der Vietnam-Demonstration sich einige Objekte der US-Imperialisten näher anzusehen. Gegen dieses Ziel war absolut nichts einzuwenden, wenn es tatsächlich praktisch verfolgt worden wäre. Was aber stützt machen mußte, das waren die Begründungen, die vorgebracht wurden, um solche Aktionen zu erklären. Die Genossen meinten nämlich, daß sie sich in diesen Aktionen individuell emanzipieren könnten, daß diese Aktionen ein Akt der Selbstbefreiung wären. Selbst wenn dies in einigen Fällen tatsächlich so verstanden wird, so ist doch prinzipiell dagegen folgendes einzuwenden: Die Genossen werden sich nicht selbst befreien können, wenn ihre Praxis nicht zugleich die Ursachen der gesellschaftlichen Unterdrückung angreift und zu zerstören versucht; wenn sich einzelne Genossen, auch durch Aktionen in einem geeigneten politischen Moment, individuell und selbstständig "emanzipieren", hilft das weder den Nichtbeteiligten, noch kratzt es den Kapitalismus an irgendeiner strategischen Stelle; und letztens: wenn solche Aktionen spontan ausgeführt werden, nach sich anschließend wieder brennt und sich seiner üblichen Beschäftigung hingibt, hat das keinerlei organisierende Wirkung für die Betroffenen. Sie haben es aufge-

geben, langfristige politische Arbeit zu leisten. Sie verstehen blind darauf, daß sich aus ihren Aktionen etwas ergebe, nehmen aber keinen Einfluß auf das, was sich ergeben könnte, und das ist falsch!

Wie sind diese beiden Positionen zu erklären, und wie können sie überwunden werden?

Der Hintergrund für die gesamte Strategie und damit die Kampfformen ist die Entwicklung der vom Kapitalismus beherrschten Gesellschaften. Da der Sieg über diesen Kapitalismus aus einem Staatsstreich nur im Volkskrieg erreicht werden kann, ist bewaffnete Auseinandersetzung unvermeidlich. Darauf muß das Volk, d.h. die ausgebeuteten Massen mit dem Proletariat und seiner Partei als Stoßtrupp vorbereitet werden. Am schließlich soll das Volk sich erheben, und nicht die Studenten, verstärkt durch eine Scharing- und Jungarbeitergruppe.

Das kann aber nicht bedeuten, daß es auf keinen Fall illegale Widerstandaktionen geben darf, solange die Massen nicht revolutionär sind. Die Massen sind nicht revolutionär 5% der Bevölkerung.

SIEHE LENIN-KASTEN!



äußerster Brutalität gegen die Linken vorgeht, die ihrerseits nur mit Stöcken, Steinen, Helmen und Mollis bewaffnet sind. Solche Auseinandersetzungen haben die Tendenz, sich ständig unverändert zu wiederholen. Auf die Dauer erleidet die Linke Niederlagen, da sich die Konterrevolution immer verbesserter Mittel bedient (Spitzelsystem, Massensicherungen, Einsatz von Kampfgruppen bei Demonstrationen).

Bei dieser Lage ist eine Fraktion innerhalb der revolutionären Gruppen dazu übergegangen, den Aufbau einer roten Armee mit dem Ziel zu verfolgen, noch in diesem Herbst den Bürgerkrieg zu eröffnen. Dies soll mit einer Serie von Mollis-Anschlägen auf Polizeistationen, Angriffen auf Gerichte, Kasernen, Banken begonnen werden. Demgegenüber argumentieren die anderen Gruppen, daß es zwar mobilisierte antiimperialistische Massen gebe, auf die man bauen könne, daß aber in einer Phase noch anhaltender Konjunktur selbst der Kern des Industrieproletariats und der Armen-Bauern-Klasse auf den Bürgerkrieg nicht vorbereitet wäre. Unter diesen Bedingungen müsse die Rote-Armee-Fraktion einen isolierten Kampf führen und werde unvermeidlich ein Opfer des konterrevolutionären Militärapparates werden. Den Genossen der Roten-Armee-Fraktion ist es im Laufe des November nicht gelungen, die gegen den Imperialismus de-

gen, das für die Volksrevolution notwendig ist.

II. DIE MAI-REVOLTE

Bekanntlich wurde auf dem Höhepunkt der Streikwelle in Frankreich erzwungen, die in Baden-Württemberg stationierten französischen Militäreinheiten aus Deutschland abzurufen, um sie in den Streikzentren einzusetzen. Zur gleichen Zeit entstand für die französischen Konzerne die Notwendigkeit auf die Produktionskapazität ausländischer Kapitalisten zurückzugreifen und die Energieversorgung (Kohle, Benzin, Elektrizität) aus dem kapitalistischen Ausland zu beziehen. Wir wollen jetzt nicht untersuchen, inwieweit dies technisch möglich gewesen wäre, da die Streikwelle durch die Sabotage der Revisionisten zusammenbrach. Wie hätten sich die deutschen Revolutionäre verhalten müssen wenn beide genannten Fälle eingetreten wären?

Es ist klar, daß der Truppentransport hätte verhindert werden müssen, gleichgültig, wie groß die Zahl der Arbeiter gewesen wäre, die solche Schritte verstanden und gebilligt hätte. Gleichzeitig hätte eine groß angelegte Agitation in all den Fabriken entfaltend werden müssen, die streikbrecherisch die französischen Konzerne beliefern sollten, mit dem Ziel die Produktion solcher Güter bzw. den Transfer der benötigten Energien zu unterbinden. Hätten die erste oder zweite Aufgabe von isoliert arbeitenden Terrorgruppen gelöst werden können? Hätte ohne auf nationaler Ebene arbeitende Organisation, d.h. einer revolutionären Partei die Verwirklichung solcher notwendigen Maßnahmen überhaupt ins Auge gefasst werden können? Hätten anarchistische Intellektuelle Truppentransporter aufgehalten, hätten sie die Häder der Fabriken zum Stillstand bringen können? Klar, sie hätten es nicht gekonnt. Und jetzt überlegt zweierlei Genossen:

1. Geschilderte Situation kann sich leicht wiederholen (Italien)
2. Stellt Euch die Leute bei der Arbeit vor, die sich in den letzten Nummern dieser Zeitung über Terror ausgelassen haben!

III. DIE VIETNAM-KAMPAGNE IN DEN METROPOLN

Lange Zeit entsprangen die antiimperialistischen Aktionen der Unbeglückung (angefangen bei der Tacoma-Demonstration im Dezember 64, über die Vietnam-Demonstration und die Bier auf der American-Haus im Februar 66 und der Anti-Schah-Demonstration am 2. Juni 67) einer moralischen Protesthaltung gegen die Verbrechen des Imperialismus. Diese Aktionen wurden von den Studenten alleine unternommen, ohne Unterstützung der Arbeiterklasse. Indem sich dieser Protest zum Widerstand entwickelte (nach dem 2. Juni 67) lernten die Studenten das System des Monopolkapitalismus und Imperialismus immer besser kennen und erkannten allmählich, daß sie als Studenten ohne die Arbeiterklasse, den Kapitalismus und Imperialismus niemals würden besiegen können. Allerdings ist diese Erkenntnis heute noch vielfach abstrakt, weil ohne entsprechende Praxis des Bündnisses mit der Arbeiterklasse. Das ist auch der Grund dafür, daß manche Theorien und Kampfformen der Studenten sich gehalten und verfestigt haben, die in der jetzigen Situation unsangebracht und falsch sind. Eine solche falsche theoretische Position, die heute zu putschistischen und abenteuerrhaften Aktionen verleitet, ist die, nach der die Intelligenz der hochentwickelten Länder "Agent" der Revolution in den unterentwickelt gehaltenen Länder ist. Die Genossen, die diese Posi-

LENIN Bd. 32 S. 491-500

Der Begriff „Masse“ ändert sich je nachdem sich der Charakter des Kampfes ändert. Zu Beginn des Kampfes genötigen schon einige tausend wirklich revolutionäre Arbeiter, damit man von der Masse sprechen konnte. Gelang es der Partei, nicht nur ihre Mitglieder in den Kampf einzubeziehen, gelang es ihr, auch Parteiloze aufzufüllen, so ist das schon der Beginn der Eroberung der Massen. Wir haben in unseren Revolutionen Fälle erlebt, wo einige tausend Arbeiter der Masse vertragen. In der Geschichte unserer Bewegung, in der Geschichte unseres Kampfes gegen die Menschewiki werden Sie viele Beispiele finden, wo einige tausend Arbeiter in einer Stadt genötigen, um den Massencharakter der Bewegung offenkundig zu machen. Wenn einige tausend parteiloze Arbeiter, die gewöhnlich im Spitzelsystem geführt haben, ein Klügiges Dasein fristen, die niemand etwas von Politik gehört haben, sich revolutionär zu handeln beginnen, so ist das die Masse. Verbreitet und verstärkt sich die Bewegung, so geht sie allmählich in eine wirkliche Revolution über; ist die Revolution schon genügend vorbereitet, so ändert sich der Begriff der „Masse“; einige tausend Arbeiter stellen keine Masse mehr dar. Dieses Wort beginnt etwas anderes zu bedeuten. Der Begriff der Masse ändert sich in dem Sinne, daß man darunter die Mehrheit zu verstehen hat, und zwar nicht nur die einfache Mehrheit der Arbeiter, sondern die Mehrheit aller Ausbeuteten; etwas anderes darunter zu verstehen, ist für einen Revolutionär unzulässig, jeder andere Sinn, den man in diesem Wort hineinsteckt, wird unverständlich. Es ist möglich, daß auch eine kleine Partei, beispielsweise die englische oder die amerikanische, wenn sie den Gang der politischen Entwicklung gut studiert hat und das Leben und die Gewohnheiten der parteilosen Masse kennt, in einem günstigen Augenblick eine revolutionäre Bewegung hervorruft (Gen. Radek hat als gutes Beispiel den Bergarbeiterstreik genannt). Wenn eine solche Partei in einem solchen Augenblick mit ihren Losungen auftritt und es erreicht, daß Millionen von Arbeitern ihr folgen, dann ist das eine Massenbewegung.

monstrierenden Massen zu gewaltsamen Vorgehen gegen den Staatsapparat zu bewegen. Sie konnten die Abreise Satos nicht verhindern. Statt dessen wurden ihre Depots entdeckt und eine große Anzahl wurde gefangengenommen. Andere revolutionäre Gruppen haben statt dessen den Weg zur Massenaktion beschritten. Sie gründeten auf Fabrikebene antiimperialistische Kampfkomitees, die gegen den japanischen und US-Imperialismus agitieren und gleichzeitig die Kampfformen auf Betriebsebene gegen den jeweiligen Kapitalisten veranschaulichen. Indem sie die Produktion unterbrechen, den Kapitalisten ins Büro einsperren usw., vertreten sie die Interessen der Arbeitermassen und schärfen deren Bewußtsein von der Unmöglichkeit des friedlichen Wegs zum Sozialismus.

Auf dem Lande haben revolutionäre Gruppen die Bauern unterstützt, als diese enteignet wurden, um den Bau neuer Flugplätze für den US- und den japanischen Imperialismus zu ermöglichen. Die Bauern kämpften Schulter an Schulter gegen die Schläger-Polizei. Als die Planerzeugnisse ihre Häuser niederwalzten, wurde ihnen klar, daß sie nicht nur einen Kampf für die Erhaltung ihrer kleinbürgerlichen Existenz führten, sondern in der Tat begonnen hatten, gegen den Imperialismus zu kämpfen. Der Regierungsschliche Sato ist es jetzt unmöglich, die Bauern durch hohe Entschädigungssummen zu bestechen, oder sie dadurch einzunehmen, daß man ihnen sagt, ihr Land werde nur für eine Zivilluftflotte benötigt. Die enteigneten Bauern schicken jetzt Delegationen zu den antiimperialistischen Demonstrationen nach Tokyo und lernen die revolutionären Arbeiter kennen. Sie fassen den Entschluß, einer revolutionären Gruppe oder Parteifraktion beizutreten. Damit ist der Beginn des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den armen Bauern

I. DER ZENGAKUREN-KAMPF

Verschiedene revolutionäre Verbände und Parteilosungen, in der Hauptsache Studenten führen seit Jahren in verschiedenen Ländern Kampf gegen den japanischen Imperialismus und sein Bündnis mit dem US-Imperialismus. Dabei legen die Kämpfer den Schwerpunkt auf Besetzungen und Blockaden, so etwa anlässlich der Versuche, die Abfahrt des japanischen Fremdenministers Sato nach den USA zwecks Unterhandlungen mit Nixon zu verhindern. Solche Besetzungs- und Blockadaktionen der beispiellos tapfer kämpfenden Genossen haben zum Aufbau einer speziellen Schläger-Polizei geführt, die mit

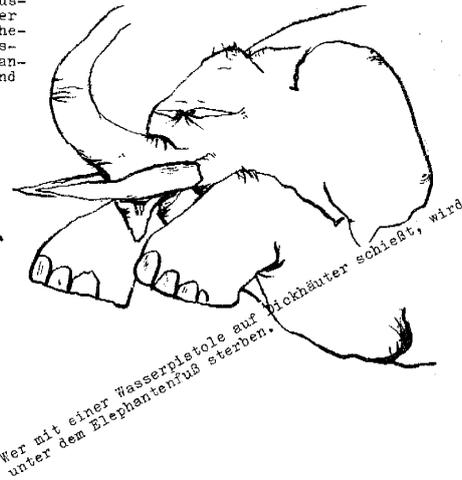
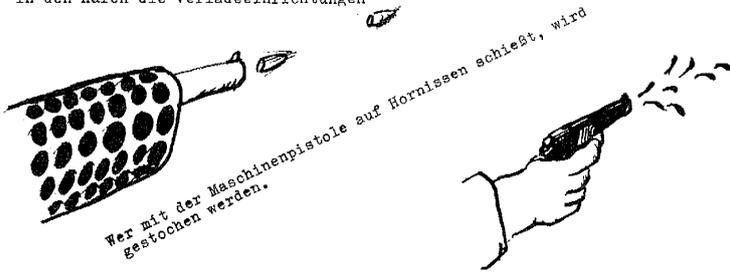
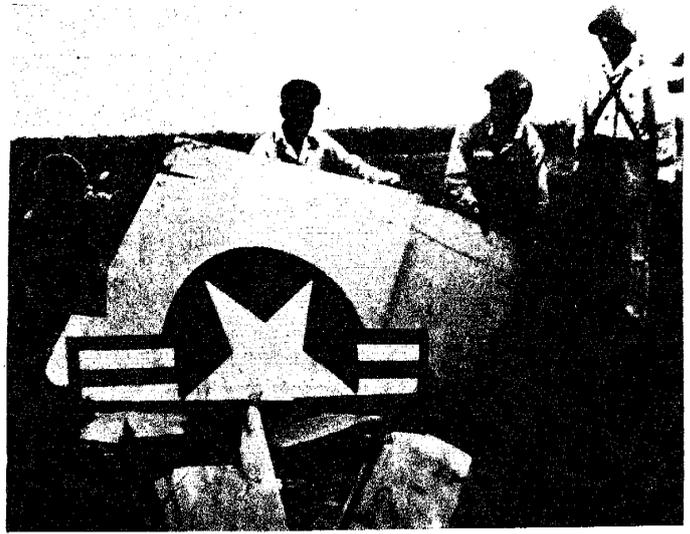


zu wollen. Jetzt müssen wir, von diesem neuen Bewußtseinsstand ausgehend, die Fortsetzung des anti-imperialistischen Kampfes und die weiteren Solidaritäts- und Unterstützungsaktionen für die vietnamesischen Genossen genau bestimmen.

Wir gehen davon aus, daß die Stationierung eines erheblichen Teiles der Aggressionstruppen des US-Imperialismus auf westdeutschem und westberliner Territorium eine Bedrohung nicht nur der Völker Osteuropas und Deutschlands, sondern darstellt, die Truppenbasen und Trainingslager, deren Unterhaltung aus Haushaltsmitteln des westdeutschen Staates bestritten wird, dienen ebenfalls dem Aggressionskrieg der US-Imperialisten gegen Vietnam. Von daher wäre es ein Akt internationaler Solidarität, die Ausgangsbasen und Kriegsdepots anzugreifen und die Nachschubwege zu blockieren. Wir können aber nicht davon sprechen, daß die zur Stützung solcher Unternehmungen notwendigen Volksmassen mobilisiert sind und also die klassischen Formen des Massenkampfes nicht angewendet werden können.

Welches wären die denkbaren (und historisch praktizierten) Formen des Massenkampfes? Die durch massenhafte Agitation aufgeklärten und bewußten Arbeiter könnten in den Fabriken, in denen Kriegsmaterial im weitesten Sinne hergestellt wird, den Streik aufnehmen, sie könnten in den Betrieben Sabotage-Aktionen unternehmen (wie es z.B. in einem einzigen Fall bei Blohm und Voos geschehen ist, Attentat auf einen für Griechenland bestimmten Zerstörer), sie könnten den Transport von Kriegsmaterial auf öffentlichen Verkehrsmitteln (Eisenbahn) verweigern, sie könnten in den Häfen die Verladeeinrichtungen

bestreiken oder stören, sie könnten Transportwege blockieren oder zerstören, sie könnten schließlich, von der breiten Masse geschützt und unterstützt, direkte militärische Angriffe auf Armeeeinrichtungen unternehmen. Deshalb müssen unsere Überlegungen sich mit dem jeweils erreichten Stand der Massenmobilisierung verknüpfen; von daher die geeigneten Kampfformen abgeleitet werden. Die Vietnam-Kampagne wird fortgesetzt. Die Solidarität mit der vietnamesischen Revolution gebietet uns, die Widersprüche im Herzland des Imperialismus verschärfen zu helfen und diejenigen Gruppen zu unterstützen, die den Klassenkampf tatsächlich führen. Deshalb wird der zentrale Agitationspunkt der weiteren Kampagne die Solidarität mit dem Kampf der Black Panther Partei sein. Wenn diese Kampagne ergibt, daß die Aktionsbereitschaft für den verschärften antiimperialistischen Kampf gesteigert werden kann, sind direkte Aktionen ohne Schwierigkeiten zu vermitteln. Wie im kapitalistischen Betrieb gezielte Sabotagehandlungen von den Arbeitermassen zwar gedeckt, aber nicht von allen Arbeitern, sondern versteckt von einigen Spezialisten ausgeführt werden, so ergibt sich auch für denkbare direkte antiimperialistische Aktionen: daß sie nach ausführlicher Diskussion und neuester Vorbereitung (insbesondere des sicheren Rückzuges) von Spezialisten ausgeführt werden. Die Spezialisten handeln dann wahrhaftig stellvertretend für die Massen.



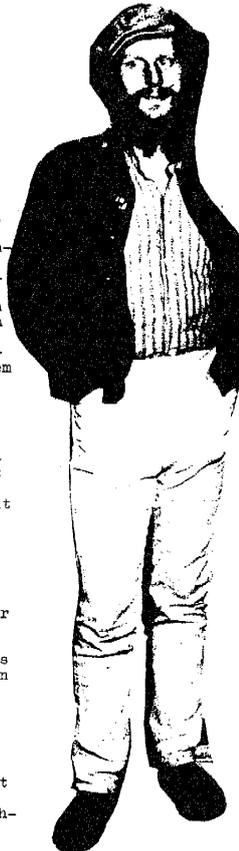
BRIEF AUS AMMAN

Wie allgemein bekannt, hält sich der Genosse Dieter Kunzelmann seit einiger Zeit bei den Guerillas der AL FATAH auf. Er hat das konkrete Studium des bewaffneten Aufstandes einer mehrjährigen Gefängnisstrafe vorgezogen. Die Genossin, mit der D. K. noch in Verbindung steht, übergibt seine Briefe freundlicherweise 883 exklusiv zur Veröffentlichung.

Amman, Mitte November 69
Liebe M.

Hier ist alles sehr einfach. Der Feind ist deutlich. Seine Waffen sind sichtbar. Solidarität braucht nicht gefordert zu werden. Sie entsteht von selbst. Ich habe hier zum ersten Mal begriffen, was es heißt, daß Menschen sich im "langandauernden Volksbefreiungskampf" revolutionär verändern. Diese revolutionäre Veränderung jedes Einzelnen ist es, die verhindert, daß nach dem bewaffneten Aufstand wieder Herrschaftsstrukturen aufgerichtet werden. In dem Moment, in dem sich ein Palästinenser der AL FATAH anschließt, beginnt eine ganz persönliche Entwicklung. Er lernt nicht nur schließen, sprengen und rennen. Er lernt seine Geschichte und seine Situation kennen und die Möglichkeit sie zu verändern. Er begreift sein Handeln zum ersten Mal nicht mehr subjektiv. Sein revolutionäres Selbstbewußtsein wächst täglich. Über 20 Jahre lang herrschten in den Flüchtlingslagern egoistische Interessen vor. Familieninteressen, materielle Interessen, die Menschen in ihrer aussichtslosen Lage waren sich trotz des gemeinsamen Elends feindlich. In dem Augenblick, als sie die Chance sahen einzugreifen in das, was mit ihnen passierte, als sie ihre Möglichkeiten entdeckten, als sie begriffen, daß sie nichts mehr zu verlieren und alles zu gewinnen hatten, konnte etwas Neues anfangen.

Was alles hier so einfach macht ist der Kampf.
Wenn wir den Kampf nicht aufnehmen, sind wir verloren.



Diese Erkenntnis ist hier sehr konkret. Unsere Erkenntnis ist dieselbe. Ich meine nicht, uns mit dem Kampf der Palästinenser schlecht zu identifizieren. Mir haben die Israelis nicht das Haus weggesprengt. Ich bin nicht im Flüchtlingslager geboren. Aber eines steht fest: Palestina ist für die BRD und Europa das, was für die Amis Vietnam ist. Die Linken haben das noch nicht begriffen. Warum? Der Judenknax. "Wir haben 6 Millionen Juden vergast. Die Juden heissen heute Israelis. Wer den Faschismus bekämpft ist für Israel." So einfach ist das, und doch stimmt es hinten und vorne nicht. Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie "Zionismus" zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit AL FATAH, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich von Gestern und Heute und seine Folgen aufgenommen hat. Was heißt Solidarität? UNSEREN KAMPF AUFNEHMEN.

Alles, was wir über die sogenannte Gegengesellschaft erreichen wollten, ist ständig in Gefahr, kaputtzugehen. Weil wir vergessen haben, daß "gegen" etwas mit "Gegner" zu tun hat. Und Gegner etwas mit "Kampf". Ohne Kampf veraschen wir im liberalen Morast, der sich in unserer Gegengesellschaft breit macht. Wir lassen uns akzeptieren und werden Großmuffis, Kleinmuffis oder bleiben die Kleinenleger. Sie wir waren. Und je mehr unser Mut schwindet, desto mehr setzen wir unsere impotenten Hoffnungen auf die Gewalt des Proletariats. Oder wir rationalisieren unsere arbeitslosen Karrieren als Idole der Subkultur, warum müssen wir denn in "883" eine Anzeige machen, daß mal einer dem Karl in den Knast schneibt? Das Zuschlagen unseres gemeinsamen Feindes schafft noch keine Solidarität. Wir befinden uns noch im Flüchtlingslager. Wir richten uns noch gegeneinander. Gegen die Schwuchteln, die Viecher, die Genossen Abweichter. Warum? Weil wir den

Feind nicht erkennen. Unsere Aufgabe ist, den Feind wieder sichtbar zu machen. Bei uns entlarvt sich die Gewalt vorläufig nicht mit Napalm und Maschinengewehren. Sie versteckt sich hinter Fernsehkommentaren, Leitartikeln, Tegel und Moabit, Teilmastie, Leserbriefen, Besserungsanstalten, Haschlegalisierung, Universitätsreform, Fürsorgemaßnahmen. Wir müssen die Gewalt sichtbar machen. Wir müssen dafür sorgen, daß eindeutige Stellung genommen wird.
Daß die Politmaeken von Palestina-Komitee die Bombenchance nicht genutzt haben, um eine Kampagne zu starten, zeigt nur ihr rein theoretisches Verhältnis zu politischer Arbeit und die Vorrerrschaft des Judenkomplexes bei allen Fragestellungen. Die Reaktion von GUPS zeigt deutlich ihre Situation: unerwünschte Ausländer. Ihr Platz ist an der Front in Palästina. Aber noch können sie nicht hierher, weil es keine Gruppe gibt in Deutschland, die ihre Arbeit übernommen hätte. Das heißt: wir müssen diese Arbeit sofort in die Hand nehmen. In das Stadium der spontanen Aktion ohne ausreichende Vermittlung dürfen wir nicht mehr zurückfallen. Unsere Existenzformen werden sich durch den Kampf bestimmen. Casparigeschichten werden von allein aufhören, daraus können wir lernen. Die Bombenleger scheinen etwas weiter zu sein, sonst wären sie auch schon weg vom großen Fenster.

Wichtig ist: Das Gelände gut kennen. Berlin gehört schon uns. Wir sind die einzigen, die sich darin bewegen, der Rest vegetiert und starrt auf den Mond. Den Vorsprung können wir nutzen. Anders hat unsere Gegengesellschaft keinen Sinn mehr. Sie muß die Basis werden, in der wir uns bewegen können. Überflüssige Kontakte werden von alleine aufhören. WIR WERDEN ENGER ZUSAMMENRÜCKEN!
Grüße an alle anderen.
Schickt mir weiter alles Material, besonders Tupamaros.

Zentralkomitee der rast- und ruhelosen Wermuttreiben
1. und letzter Rundbrief

Es sind viele Worte gewechselt worden über die Vor- und Nachteile von Kaderpartei und Haschischgenuß.

Wir fordern: GENUG DAVON!

Es wird zuviel geschwätzt bei den halb- und pseudolinken, den Dogmatikern und den Hanfgenießern. Denn wer verfügt denn hier in Westberlin über die wahre potentielle Massenbasis? Wer denn außer uns, die wir mit leiden mit dem Normalen, kann diese Stadt auseinanderprengen? Wer hat soviel Kommunikation mit der arbeitenden Bevölkerung, wie wir, die Schäfer?

Jawohl, wir, die wahren Revolutionäre zwischen den vier Mauern dieser Trümmerfrauenmetropole, wir, die Schäfer, haben den Finger am Puls der Stadt.

Es gibt 100.000 notorische Schäfer hier, hunderttausende schlucken wie wir, wer kümmert sich um sie? Keiner?
Nur wir.

Abend für Abend sitzen wir in den Kneipen, hängen wir am Tresen, bemalen die Scheiß- und Pißhäuser mit revolutionären Phrasen. Abend für Abend sorgen wir dafür, daß Genossen, die eine Kneipe aufmachen, sich reproduzieren können. Man kann gar nicht so schnell und so viel saufen, wie linke Kneipen aufgemacht werden!

Wir haben Kontakt zu Bauarbeitern und Strizis, zu Senatoren und Polizisten (reichlich!), zu Karstadtverkäuferinnen und Soziologen, zu Fließbandmalochern und Edeltahldirektoren - wer außer uns sollte es schaffen, die Revolution auf die Beine zu stellen?

Und sie wieder in den Knien wackelig zusaufen? Genossen! wollt ihr die Massenbasis? Sauft! Und redet mit uns über die Bundesliga! Kommuniziert! Fort mit Revoluzzerkadern und Hanf! Bier her! Für die Revolution!

ZKgrurWR

ZUR ML-FRAGE

EINIGE BEMERKUNGEN ZUM SCHULUNGSPAPIER DER ML

Ein Hauptprinzip der anti-autoritären Bewegung ist es, eine sozialistische Gruppierung nicht nur nach theoretischen Überlegungen, sondern auch nach ihrer eigenen Praxis zu beurteilen. In dem in dieser Nummer veröffentlichten ML-Papier wird zur Hochschulfrage folgendes ausgeführt: "Im Augenblick würde es unsere Kräfte übersteigen, wenn wir aktiv die Hochschulpolitik mitbestimmen würden, später wird es aber auch eine Aufgabe sein, Hochschulkader zu stellen und der Uni die proletarische Linie zu vertreten und durchzusetzen!" Dieses Zitat ist keine Selbstkritik der bisherigen Praxis der ML (Wiso und Romanisten) an der Universität. Ihre Parolen waren: Organisation einer allgemeinen Studentengewerkschaft und Beteiligung an den Wahlen zum Präkonkzill. Ihr Studenten-Gewerkschaftsmodell war deshalb falsch, weil sie jeden Versuch ablehnten, die sozialistischen Studenten an der Universität zu organisieren und stattdessen ein Konglomerat von Liberalen und Sozialisten bilden wollten. In der jetzigen Etappe der Auseinandersetzung an der Universität (Kampf gegen die kapitalistisch-technokratische Hochschulreform) kann man aber die Organisationsfrage nicht vom schwächsten Glied aus - den liberalen Studenten - lösen. Die Beteiligung am Präkonkzill und die Bündnispolitik der ML-Gruppen haben dem technokratischen Hochschulgesetz der SPD eine Scheinlegitimation verschafft. Eine korrekte Selbstkritik dieser falschen Position müßte in einer offenen Auseinandersetzung mit der Studentenschaft erfolgen.

Die ML-Gruppe, die dieses Papier vorgelegt hat, leitet ihren proletarischen Charakter davon ab, "daß sie eine zentralisierte Grundlagenschulung aller Genossen im proletarischen Bereich mit einem einheitlichen Schulungsprogramm durchführt. Es ist richtig, wenn die ML darauf besteht, daß ein Grundschulungsprogramm einheitlich sein muß und organisatorische Momente enthält. Ein solches Schulungsprogramm kann aber nicht von wenigen Kadern im Alleingang entwickelt werden, sondern muß das Resultat einer solidarischen Diskussion aller im proletarischen Bereich arbeitenden revolutionären Gruppen sein."

Das neue Grundschulungsprogramm der ML zeigt, daß die Verfasser viele Kritikpunkte aus den Diskussionen über das erste Grundschulungsprogramm (885, Nr. 35) aufgenommen haben. Nach wie vor fehlen aber zwei wichtige Schulungsbereiche: 1) Der Imperialismus als höchst Stufe des Kapitalismus 2) Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Um schon in der Grundschulung gemeinsamen Kriterien zu entwickeln, müßten die Arbeiter die kollektiven Erfahrungen ihrer Klasse aufarbeiten können.

Die ML bezeichnet folgende Gruppen als dem "proletarischen Bereich" zugehörig: SALZ, Arbeiterkonferenz (Betriebsund Basisgruppen) und PROZ/ML. Die PROZ/ML (Proletarierinnen Zentrum) besteht zur Zeit noch weitgehend aus Studentinnen. Zum SALZ und zur Arbeiterkonferenz ist zu sagen, daß alle Fraktionierungen in diesen beiden Gruppen bisher noch psychologische Fraktionierungen sind (d.h. Fraktionierungen, die durch persönliche Auseinandersetzungen entstehen).

hen). Z.B. ist die Gewerkschaftsfrage in SALZ und in der Arbeiterkonferenz noch nicht verbindlich ausdiskutiert worden. Quer durch die psychologischen Fraktionen bestehen zwei unterschiedliche Positionen.

- 1) In der Gewerkschaft bleiben und linke Schulungsgruppen bilden
 - 2) Sich nicht mehr in linker Fraktionsbildung g innerhalb der Industriergewerkschaften zu verschleiben, sondern in den Betrieben eigene Betriebsgruppen zu bilden, die der Kern einer späteren ROTEN GEWERKSCHAFT sind.
- Solange diese Frage im SALZ und in der Arbeiterkonferenz nicht ausdiskutiert ist, kann man sich weder auf eine gemeinsame Strategie einigen, noch eine politische Fraktionierung einleiten.

Deshalb geht im Moment jede Fraktionsbildung an den politischen Fragen im "proletarischen Bereich" vorbei. Es ist wohl nicht zufällig, daß in diesem ML Papier die Gewerkschaftsfrage nicht gestellt wird, deshalb braucht die auch von der ML nicht beantwortet zu werden.

Es ist das Verdienst der ML, daß sie nach der dezentralisierten Handwerkerlei seit Ostern 68 endlich die Frage der revolutionären Übergangsorganisation gestellt hat. Für die ML-Kader der ersten Stunde stellt sich jetzt konkret die Frage, ob sie zu einer politischen Sekte werden möchte (d.h. die Organisation alleine aufbauen möchte) oder ob sie bereit ist, mit allen tendenziell marxistisch-leninistischen Gruppen in Berlin ein Minimalprogramm zu erarbeiten, das folgende Grundprinzipien beinhaltet:

- 1) Das Prinzip des demokratischen Zentralismus
 - 2) Das Prinzip der Verbundenheit der revolutionären Übergangsorganisation mit den kämpfenden Massen
 - 3) Das Prinzip der dialektischen Verbindung zwischen Schulung und Praxis
 - 4) Das Prinzip der Kritik und Selbstkritik
- Eine solche Übergangsorganisation darf nicht eine Berliner Organisation sein, sondern muß eine nationale Organisation sein, die die Erfahrungen der Arbeiterklasse in den wilden Streiks dieses Jahres aufarbeitet. Die ML-Gruppe läuft momentan Gefahr sich von den Massen abzuspalten. Sie hat bisher weitgehend auf eine eigene revolutionäre Praxis verzichtet und ist stattdessen in andere Gruppen eingeschickt. Zumindest in einer Gruppe, der Basisgruppe Wedding (die Gralsburg der reinen Spannanisten) war dies eine korrekte Taktik. In anderen Gruppen aber führte dieser Sicherungsprozess zur totalen Lähmung (z.B. in SALZ, wodurch permanente ideologische Auseinandersetzungen die Vermassung der Parole 500,- DM Lehrlingsgehalt verdrängt wurde Heute steht auf der Tagesordnung die Organisation einer starken marxistisch-leninistischen Übergangsorganisation. Die ML wird genauso wie alle anderen revolutionären Gruppen es nicht umgehen können, sich selbstkritisch mit ihrer bisherigen Praxis und Theoriebildung auseinanderzusetzen. Gruppen, die dies nicht leisten werden auf dem Misthaufen der Geschichte landen. Redaktionskollektiv "883"

TEACH-IN DER NAIVEN ANARCHISTEN SAMSTAG 29.11.69. 20⁰⁰ AUDIMAX

René von Tent hält ein Plädoyer für eine gerechte Güterverteilung mit der Erbschaft! Darüberhinaus plaudert Bodo Saggel ein bisschen über seine Knasterfahrten. (Erziehungshaus, Jugendstrafanstalt, Gefängnis, Zucht-haus)



Der Zentralrat der umherschweifenden Haschrebelln artikuliert sich zum erstenmal öffentlich und versucht einer dem Hasch feindlich, zumindest aber hyperkritisch, gegenüberstehenden Linken einen Hauch von "high" zu vermitteln.

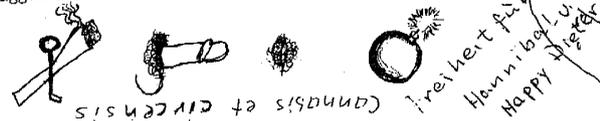
rot in die Paläste, Zuckerstücken in die Häften Bodo Saggel wirft der Linken eine neue Strategie zur Lösung des Berlin-Problems an den Kopf. Freiheit für Pauer Lin Hajo Wolfgang Schneider weiß als gaurbter, ausgeflogener und verurteilter Deserteur einige interessante Sachen zu berichten.



was uns jetzt befreit macht Spaß. Morgen gibt es nicht, also gibt es morgen keinen Spaß.

OHHH!!!

Haschisch in die Bero kassieren! Bodo Saggel manifestiert die Superkultur! Jenseits von "rechts" u. "links"



ML-DOKUMENT

Die MARXISTISCH-LENINISTISCHE ORGANISATION IN ANGRIFF NEHMEN I

Die SITUATION DER ARBEITERKONFERENZ

"Weil wir dem Volke dienen, fürchten wir nicht, daß man, wenn wir Müßig haben, uns darauf hinweist und kritisiert. Jedermann darf uns darauf hinweisen, wer immer es auch sei, insofern sein Hinweis richtig ist, sind wir bereit, unsere Müßigkeit zu korrigieren."

Mao tse tung

WARUM SCHEITERTEN UNSERE VERSUCHE, DIE ARBEITER-KONFERENZ ZUR ZENTRALEN ORGANISATION DER ARBEITER ZU MACHEN?

Der Entstehung der Arbeiterkonferenz gingen Diskussionen mehrer Arbeiter voraus, die in dem damaligen Malkomitee trafen. Unzufrieden mit ihrer Situation als Arbeiter in den Betrieben und Basisgruppen und im Malkomitee beschlossen sie, ein Forum aller in der "linken Bewegung" arbeitenden proletarischen Genossen einzurichten. Dort sollten die Arbeiter selbst artikulieren und ohne Studenten einen eigenen Standpunkt in der Bewegung entwickeln. Die Unzufriedenheit der meisten proletarischen Genossen beruhte auf dem Abhängigkeitsverhältnis zu den Studenten in den einzelnen Gruppen und Gremien. Der Grund dafür war die theoretische Rückständigkeit der Arbeiter und daß sie in der Minderheit waren. Anstatt Maßnahmen zur Beseitigung dieser theoretischen Klüft zu ergreifen, bauten die Studenten ihre Vormachtstellung aus und benutzten die Arbeiter in den Gremien als Alibi. Die Arbeiter waren so in die Konsumentkontrolle gedrängt. Das Vorbereitende Komitee schätzte aus eigenen Erfahrungen die Probleme der Arbeiter ein und propagierte die erste Arbeiterkonferenz mit folgenden Tagesordnungspunkten:

1. Austausch der bisherigen Erfahrungen
2. Klärung der eigenen Situation in der Bewegung
3. Wie können sich die Arbeiter organisieren und einflussreich in der "Bewegung" mitarbeiten?
4. Schaffung einer Betriebssetzung in Berlin
5. Schulung

An der ersten Arbeiterkonferenz nahmen fünfzig Arbeiter aus zwölf Gruppen teil. Die Diskussionen und Beiträge zeigten aber, daß die Genossen ohne bestimmte Vorstellungen gekommen waren. Auf dieser Grundlage konnte keine Klärung der obengenannten Fragen stattfinden, noch konnte es zu einer verbindlichen Arbeit kommen. Zwar wurde über das Problem einer gemeinsamen Schulung diskutiert, es wurde sogar ein, wenn auch prinzipielles, Schulungsprogramm aufgestellt, die Verwirklichung der einheitlichen Schulung aber blieb aus. Es wurde beschlossen, die zweite Arbeiterkonferenz nach sechs Wochen wieder einzuberufen, inzwischen sollte das Vorbereitende Komitee die Berichte der Betriebsgruppen unter bestimmten Fragestellungen sammeln. Die zweite Arbeiterkonferenz scheiterte ebenfalls, da nur wenig mangelhafte Berichte aus den Gruppen vorlagen. Obwohl das Projekt der Betriebssetzung (Arbeiterpresse) in Angriff genommen und auch ausgeführt wurde, kam es wieder zu keiner verbindlichen Arbeit unter den proletarischen Genossen.

Die zweite Arbeiterkonferenz endete wieder mit dem Beschluß, die Betriebsgruppenberichte in einem Ausschuß zu sammeln und zu analysieren. Zur Arbeit dieses Ausschusses kam es nicht. Zu diesem Zeitpunkt vertrat das Vorbereitende Komitee den Standpunkt, daß die Grundfrage die Diskussion über die Strategie die Klassenanalyse wäre. Außerdem sollte über die Arbeit an der "Klassenanalyse" eine Zentralisierung und Organisation geschaffen werden. Die bewußtesten Genossen aus den Betriebsgruppen sollten zunächst in zentralen Arbeitskreisen bestimmte Vorfragen zu dieser Aufgabe lösen. Zur Einreichung dieser Arbeitskreise kam es ebenfalls nicht.

AUS WELCHEN GRÜNDEN KONNTEN DIE VORSTELLUNGEN DES VORBEREITENDEN KOMITEES UND ANDERER GENOSSEN DER ARBEITERKONFERENZ ZUR ZENTRALISIERUNG NICHT IN DIE TAT UMGESETZT WERDEN?

1. Der Widerspruch zwischen einerseits Handwerkerlei und Theorieleitigkeit der betriebs- und Basisgruppen, die sich als eigenständige Politik ausgaben und andererseits den Vorstellungen des Vorbereitenden Komitees von der Zentralisierung wurde nicht gelöst.
2. Da die meisten Genossen des vorbereitenden Komitees nicht in den Betriebsgruppen verankert waren wurden sie und ihre Vorstellungen fälschlicherweise als Fremdkörper betrachtet.
3. Die Arbeiterkonferenz versuchte aus einer Kritik der pluralistischen Praxis der betriebs- und Basisgruppen heraus, die Erfahrungen der Gruppen aufzuarbeiten, um zu einer Neubesetzung der Betriebsarbeit zu kommen. Ziel sollte eine einheitliche Praxis sein. Die damit verbundenen Vorstellungen von einer Kaderorganisation wurden nicht realisiert, sondern verblieben in den Köpfen einiger Genossen. Der entscheidende erste Schritt zur Überwindung der pluralistischen Praxis, nämlich die notwendige zentralisierte Schulung, wurde nicht eingeleitet.
4. Auch der Versuch, über Analysen die Zentralisierung durchzuführen, scheiterte, weil die dann notwendige einheitliche ideologische Linie in den Arbeitsgruppen fehlte.
5. Kritik ist auch zu leisten am vorbereitenden Komitee, wo der Arbeitsstil unverbindlich und individualistisch war.
6. Falsch waren auch die Vorstellungen von "Arbeitspolitik", die beibehalten, daß die Arbeiter sich alleine organisieren sollten. Diese Vorstellungen gehen davon aus, daß nur die Arbeiter revolutionäre Politik machen können und schätzen die Rolle der revolutionären Intelligenz falsch ein.

WELCHE LEHREN ZIEHEN WIR AUS DER GESCHICHTE DER ARBEITERKONFERENZ? WELCHES SIND DIE ERSTEN SCHRITTE ZUR BILDUNG EINER PROLETARISCHEN KADERORGANISATION?

Die wichtigste Voraussetzung ist eine einheitliche marxistisch-leninistische Grundlage, auf der die Schaffung der Kaderorganisation erst möglich wird. Um diese einheitliche Grundlage zu erlangen, ist es unbedingt notwendig die Schulung in Organisationsformen durchzuführen, die schon auf die künftige Kaderpartei hinstreuen. Die Betriebsgruppen, die ein Konglomerat

DIE FRANZÖSISCHE BOURGEOISIE TAUMELT, TAUMELT UND BAUMELT



Der Aufstand der Pariser Kommune von 1871, die Volksfrontregierung von 1936 haben der französischen Bourgeoisie lange vor dem Mai 68 Alpträume verursacht. Im Land des "Klassenkampfes par excellence" (Marx) mußte die Großbourgeoisie beständig eine Bündnispolitik zugunsten der mittleren und kleinen Bourgeoisie betreiben, um das ausgebeutete Proletariat in Schach zu halten. Zwischen den beiden Weltkriegen hat die französische Bourgeoisie vor allem auf die Bauern gesetzt. Sie hat systematisch die Abwanderung in die Städte (d.h. auch die Verdrängung des mittelständischen Proletariats) verhindert. Sie hat den Einzelhändlern, Handwerkern, Kleinproduzenten wirtschaftliche Bereiche gelassen, deren sie sich mit Leichtigkeit um der Rationalisierung willen hätte bemächtigen können. Weder die staatlich vorangetriebene Zusammenlegung großer Industriebetriebe noch die "natürliche" Auslese unwirtschaftlicher Unternehmeh nach dem Generalstreik vom Mai 68 haben den Widerspruch innerhalb der französischen Bourgeoisie lösen können: was wirtschaftlich notwendig wäre, nämlich die rasche Liquidierung der rückständigen Schichten der Kleinen und mittleren Bourgeoisie und das Verschwinden der bäuerlichen Familienbetriebe, ist politisch nicht zu verantworten. Noch weniger als vor dem Mai 68 kann es die Großbourgeoisie riskieren, ihren traditionellen Verbündeten den Laufpass zu geben. Die von De Gaulle und seinen Nachfolgern betriebene zögernde und widersprüchliche Politik drückt diese mißliche Lage der Bourgeoisie nach dem Mai 68 besonders deutlich aus. Die drei von De Gaulle nach dem Mai 68 eingeleiteten Reformen: Universitätsreform, Gebiets- u. Verwaltungsreform, "Mitbestimmung" in den Unternehmen - verfolgt alle dasselbe Ziel: Wiederherstellung und Konsolidierung der Diktatur der Bourgeoisie! Dieses Reformwerk



WAS LEHREN DIE FRANZÖSISCHEN VIET- NAM DEMONSTRATIONEN VOM 14./15. NOVEMBER 1969

Am Vormittag des 14. November ließ der französische Innenminister Marcellin, genannt "la matraque-Gummiknüppel", in ganz Frankreich ca. 180 Genossen unter dem Vorwand, sie seien evtl. an der Neuorganisation der im Juni 68 verbotenen revolutionären Gruppen beteiligt, für 48 Stunden verhaften. Mit dieser Maßnahme wollte er den für Freitag und Samstag angekündigten Vietnamdemonstrationen die "Rädelsführer" nehmen. Die Rechnung ging nicht auf: Obwohl der staatliche Propagandasekretär ORTP stündlich das offizielle Verbot aller Vietnamdemonstrationen ausposaunte und die Bürger anhält, gewisse Stadtteile zu meiden, fanden im ganzen Land Demonstrationen statt. Am Freitagabend und Samstag demonstrierten in Paris über 15 000 Studenten, Schüler und Arbeiter dezentralisiert in Gruppen von 20 bis 4000. Die ganz Paris erstreckende Polizeiarada verhaftete über 2500 Genossen. Sie konnte freilich nicht verhindern, daß das Konsulat der Saigoner Marionettenregierung demoliert und vor der amerikanischen Botschaft eine Banderole entrollt wurde, die die Aufschrift trug: "Blöde Snobs aller Länder, vereinigt Euch!" Als "blöde Snobs" hatte Nixon Stellvertreter Agnew die amerikanischen Vietnamkriegsgegner bezeichnet. Sehr zu Recht bedauert der Chefkommentator der bürgerlichen Canallien-Zeitung Le Monde die "übertriebene" Maßnahme der Verhaftungen und des allgemeinen Demonstrationsverbots, zumal doch Gewerkschaften und KPF für Samstag zu einer "friedlichen" Solidaritätsdemonstration für die "pazifistischen" Kräfte in den USA aufgerufen hatten. Der Le Monde-Mainling, der noch im März 1968 prophezeit hatte: "Frankreich lanzeiwelt sich", Frankreich!

schließt seinen Beitrag mit der Empfehlung: "Das Mai-Gespenset - aber kann sich die Geschichte jemals wiederholen? - ist drauf und dran, die Regierung zu Irrtümern zu verleiten und der "Neuen Gesellschaft" einen eigenartigen Beigeschmack zu geben". Viansson-Ponte übersieht, daß das panische Umsichschlagen der Regierung nicht einem "Gespenset" gilt, sondern dem konsolidierten Aktionsbündnis der französischen Revolutionäre, dem keine offizielle Chance öffentlich-spektakulärer Manifestation eingeräumt werden darf. Anderenfalls würden die Kapitalisten wie im Herbst 68 wieder ihre Geldsäcke schnüren und sie über den Rhein schicken...

WIDERSPRÜCHE IN DER FRZ. BOURGEOISIE

Es ist für niemanden mehr ein Geheimnis, daß Frankreich neben Italien (s. "883" Nr. 39) zu den kranken Männern des kapitalistischen Westens gehört. Der französische Mai und der "kriechende Mai" in Italien haben nicht nur die tödlichen Schwächen kapitalistischer Regime zutage treten lassen: sie haben zugleich wichtige Fraktionen innerhalb der lohnabhängigen Massen und der Intelligenz von der Notwendigkeit eines Zweifrontenkampfes gegen Kapitalisten und revisionistische Gesundheitsberiberzeugt. Die Schwäche der französischen Bourgeoisie enthüllt sich in der Struktur und in Funktionen ihrer Unternehmen. Konzentrationen und Modernisierung der Industrie wurden erst sehr spät vorangetrieben. Schon Lenin hat darauf hingewiesen, daß die französische Bourgeoisie es schon immer vorgezogen hat, sich durch Finanzspekulationen rasche Profite zu verschaffen, statt langfristig in der Industrie zu investieren. Die Vorliebe der französischen Bourgeoisie für Geldgeschäfte hat ihren handfesten Grund in der Angst vor dem kämpferischen Proletariat. In keinem Land außer Indien versteckt die Bourgeoisie so viel unproduktives Gold unter ihren Matratzen wie in

unterlag zwei Bedingungen: 1) angesichts der durch die Malkrise verstärkten internationalen Konkurrenz mußte es die Produktionskapazität erhöhen; 2) trotz einer gewissen Begünstigung der Großbourgeoisie mußte es die Einheit des bürgerlichen Lagers zementieren. 1) Die Universitätsreform Edgar Faures Die frz. Unireform gleicht in vielen Punkten dem Hamburger Hochschulgesetz: sie wählt den Universitäten eine Scheinautonomie ein und fordert die Studenten auf, bei diesem Spektakel mitzumischen, sonst... wer sich widersetzt, wird religiös (und kommt zur Arme, falls er nicht schon dort war). Diese Zuckerbrotspekulationen-Politik sollte nach der Mairevolution zwei Ziele verfolgen: a) die militante Einheit von Arbeitern und Studenten sollte durch Spaltung des studentischen Lagers in Reformisten und Revolutionäre (Gute u. Böse) aufgeweicht werden. Das Beispiel einer "Früchte" tragenden Mitbestimmung in den Hochschulen der Mairevolution sollte den Arbeitern Mitbestimmung in den Betrieben schmackhaft machen; b) durch dieses Manöver sollten die Universitäten und das gesamte Schulwesen in die kapitalistische Diktatur der Produktivkräfte einbezogen werden. Diese Rechnung ging nicht auf: nur reaktionäre und in der KPF organisierte Studenten beteiligten sich an den Scheinwahlen zu den Regierungen. Die massenhaft von der Regierung als "KPF-Professoren" und -Rektoren wurden von den revolutionären Studenten als Wachhunde des Regimes entlarvt u. lächerlich gemacht. Hier gerührt den Genossen der als modernistisches "Experimentierzentrum" (incl. Goldfischteich) gedachten Fakultät im Pariser Vorort Vincennes besonderer Dank! 2) Gebietsreform Die am 27. April 69 zur Volksabstimmung vorgelegte Gebietsreform sollte die Löcherlöcher der mittleren und kleinen Bourgeoisie dafür entschädigen, das sie mit dem Ende der IV. Republik 1958 auch ihre traditionellen Tummelplätze in der Pariser Nationalversammlung eingebüßt hatten. Dieses Gesetz sollte ihnen und der örtlichen Gewerkschaftsbürokratie gewisse "Rinsicht" -rechte in die Regionalplanung geben und die Errichtung von mittleren Zulie-

ferbetrieben ermutigen. Die Mehrheit der Meinungen (der lokalen Bourgeoisie ging die Reform nicht weit genug; die linke durchschaute Kapazität arbeitslos; jeder Bauer, der De Gaulle zum Rücktritt. Mit dem Abgang De Gaulles zerbröckelte der Rest des ideologischen Kitts von "französischer Größe" und klassenverbindendem "Gemeinwohl". Durch eine Ausverkaufspolitik der Subventionen und Wahlgeschenke ging De Gaulles Nachfolger Pompidou auf Stimmfang: jeder Bauer, der weniger als 10 Kühe im Stall hat, erhält pro Kuh 50 F als "Ausrüstungs"-Hilfe... Auf diese billigen Tricks fallen aber Teile der Jungbauern nicht mehr herein. Sie haben nämlich erkannt, "daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlosen veralteten Kleinbetrieb weggehen wird wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre." (Engels) Deshalb wenden sie sich gegen ihre reaktionären Verbände, die sie vor den Karren der Großproduktion anspannen wollen, und gegen die Regierung, die sie mit entwerteten Silberlingen und vergifteten Geschenken abspeisen will. Die Wut über diesen großangelegten Regierungsbruch erfuhr Erziehungsminister Guichard stellvertretend für seine Kollegen, als er sich in der Gegend von Nantes bekümmern lassen wollte. Von Jungbauern zu einer Diskussion über Agrarfragen gezwungen, konnte er erst durch Polizeieinsatz befreit werden und nahm überdies als Gastgeschenk eines jener schwer absetzbaren Bier auf seinem Nacken mit. Dieses Ereignis wäre sicher von der bürgerlichen Presse auf die "anarchistischen" Tendenzen in der Gegend von Nantes zurückgeführt worden, hätten nicht ähnliche Hearings an anderen Orten Westfrankreichs stattgefunden. Staatssekretäre und Abgeordnete mußten dabei Fragen über den Agrarkredit, Umachulungsmaßnahmen, und ländliche Schulen beantworten. Die Regierung versuchte anfangs, durch schnellen Einsatz der Klassenjustiz die Empörung im Keim zu ersticken, sah sich aber angesichts der Streikwellen der Bauernverbände und der weiten Solidarisierung mit den wahllos von ihr herausgegriffenen "Rädelsführern" gezwungen, in zweiter Instanz die Gefängnisstrafen zur Bewährung auszusetzen. Damit hatte sie aber die Unruhe unter jenem Teil





in der Gegend um Nantes als anti-kapitalistisch und Folge der Märzereignisse zu verstehen ist. Im Generalstreik hatten die Bauern nämlich unter Ausschluss des Zwischenhandels die Streikenden in Nantes direkt beliefert und wussten unter roten Fahnen durch die Stadt gezogen. Die im Kampf entstandene Aktionseinheit zwischen Arbeitern, Bauern und Studenten hat denn am letzten Sonntagabend in einer gemeinsamen Demonstration in Nantes ihre Fortsetzung erhalten. Ist dieses Beispiel revolutionärer Bewußtwerdung im Augenblick noch ein Einzelfall, so kann doch für die noch Berufsständisch denkenden Bauern angenommen werden, "daß die ökonomische Entwicklung auch diese härteren Schädler der Vernunft zugänglich machen wird." (Engels)

der Bevölkerung nicht beseitigt, die bisher durch ihre Stimmzettel die Gaullistische Reaktion unterstützten. Seit jenem Zwischenfall vergeht nämlich kaum ein Tag, an dem Bauern nicht protestierend vor eine Präfektur ziehen oder deren Vorgarten mit Mist garnieren. Ungewiß bleibt allerdings, wie stark der Einfluß faschistischer Elemente ist, die schon die Interessenverbände der Handwerker und Kaufleute beherrschen, und in einem blinden Aktionismus ständige Vorteile verteidigen. Sicher ist aber, daß die exemplarische Aktion



3) "Mitbestimmung" in den Betrieben
Die am BRD-Beispiel orientierte frz. "Participation" soll dem französischen Kapital die produktivitätssteigernden Errungenschaften eines auf "Harmonie" erwarteten Betriebsklimas zunutze machen. Größerer Schutz und mehr Rechte für die betrieblichen Gewerkschaftsvertreter, ein Wust von Beratungs- und Anhörungskommissionen gaukeln die xte Version des gaullistischen "dritten" Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus vor. Mit ihrem Ultimatum vom 17.11.68 haben die französischen Unternehmer allen Mitbestimmungsplänen, die über das Stadium von Lippenbekenntnissen hinausgehen, einen Riegel vorgeschoben: die Unternehmer ließen die Regierung wissen, daß sie ihre nach der Schweiz und der BRD ausgelagerten Milliardensummen erst dann wieder langfristig in Frankreich selbst investieren würden, wenn die Regierung a) alle Pläne aufgeben würde, die "die Autorität und Effektivität öffentlicher und privater Unternehmen schwächen könnten", b) bis auf Investitionsaufgaben alle anderen (also auch Sozial-) Ausgaben "massiv" verringern würde, c) das "Vertrauen aller Sparer durch Verzicht auf eine Erhöhung der Erbschafts- und Einkommensteuer wiederherstellen" würde. Wie kaum ein anderes Ereignis hat dieses Erpressungsmanöver, von frz. Arbeitern und Studenten "Geldputsch" genannt, nicht nur die die Uneinigkeit der Bourgeoisie und die Lächerlich-

keit ihrer augenblicklichen politischen Führung gezeigt, sondern darüberhinaus den ganzen Schwindel der bürgerlichen Demokratie und den "friedlichen", d.h. parlamentarischen, Weg der Revisionisten zum Sozialismus bloßgestellt.



Alle, denen die bürgerlichen Anspaucher Französisch beigebracht haben, können die Krämpfe der französischen Bourgeoisie und die Organisierung der französischen Revolutionäre in den "Mahnreden" studieren. "Oubiers de mai" im "Politischen Buch" bei Karin Röhrbein usw. zu erhalten.

LIEBER IST HINÜBER

"Der Berliner Senat und die ihn tragende Koalition aus SPD und FDP haben gestern im Konzil der Freien Universität eine schwere Niederlage einstecken müssen", schreibt der "Abend". Das stimmt genau, und die Senatskolle hat sie sogar schon lange kommen sehen. Als die Kandidatur von Kreibich feststand, "Kandidat der Raketen" (BZ), versammelte sich das Kuratorium unter Vorsitz von Schütz, wie man sagt auf einem Wannseeedamper, äußerte seine Besenken und forderte das Konzil auf, die Wahl aufzuschließen. Stein bekämpfte die beiden, die Kandidatur zurückzuziehen.

Sofort waren auch die reaktionären Zeitungen von tiefer Sorge um die Zukunft der Universität und ihrer 250 Mill. Mark erfaßt. Weil es klar war, daß Denzianz Lieber die Wahl nicht gewinnen würde, sahen sie in der Konfrontation Liebers mit Kreibich eine "unheilvolle Polarisierung und Zerreißprobe für die Universität". Sie fanden die Kandidatur von nur zweien unparlamentarisch, weil es nicht genügend "Auswahl" gäbe, (demokratisch war es nur, als allein Lieber kandidierte), und baten um Konzilienz statt Interessenvertretung. So vertrat der Henegat Eggestein (einest ein Progressiver, wandelte er sich aus Karrieregründen innerhalb von 14 Tagen in einen Mietschreiber der Reaktion) im "Abend" die Bildung eines Mausechlegremiums, das einen rechtsradikalen linksliberalen habilitierten Mitteltypen finden sollte, der allen Parteien gleich angenehm gewesen wäre.

Woran lag es, daß dem Senat sein eigenes Hochschulgesetz auf die Füße gefallen ist?

Der Senat wollte einerseits das Funktionieren seines technokratischen Reformwerkes, andererseits die Führung der Uni durch einen Reaktionsär, der die Studenten unter Druck halten sollte. Als sich dieses 2. Interesse nicht verwirklichen ließ, hätte er am liebsten den Parlamentarismus seines Ge-

Ca Ira Presse Berlin

Jürgen Beverförden

ERÖFFNUNG
BUCHER & SCHALLPLATTEN
BUCHLADEN CA IRA PRESSE
BERLIN 31
PFALZBURGER STRASSE 20
IN DEN RÄUMEN DER "DREHSCHLEIBE"

Verlag und Redaktion
Agentur
Verlagsgeschäfte
Verlagensulieferungen

Bücher aus der DDR

SOZIALISTISCHE ERZIEHUNG
marxistische Philosophie
Ökonomie - Soziologie
SOZIALISTISCHE
KINDERBUCHER
Pädagogik - Politik und Geschichte

Marxismus Leninismus

Unsere Verbandsbuchhandlung
schickt Ihnen alle Bücher und
Schallplatten auch im Haus.
Fordern Sie Prospekte an.



setzes selbst wieder aufgehoben und die ausgetüftelten Wahl- und Entscheidungsprozeduren aufgehoben. Die demokratische Fassade wird ihm in der Ausübung seiner Herrschaft hinderlich.

In dem Verlangen nach einem Universitätsoberhaupt aus ihren reaktionären Reihen sind sich die Professoren mit dem Senat ganz einig. Dabei hassen sie das Hochschulgesetz, weil es ihre Macht angreift. Sie haben in Lieber noch des Machtabbau gesehen und würden nun, da aus ihm nichts wird, am liebsten von der Uni verschwinden. Wir sehen den versprochenen Auszug der 30% freudig entgegen.

Die Assistenten sind die Gewinner beim Funktionieren des Gesetzes. Sie wollen als Karriereleiter die Emanzipation von den Professoren, d.h. die "Demokratisierung" der Uni, und als Technokraten die Uni in Stand setzen, "den Ansprüchen der Industriegesellschaft zu genügen" (Kreibich). Damit treffen die Assistenten in den Fachbereichen aber auf den Widerstand der

Studenten, ihnen liegt also am meisten daran, daß die Studenten ihre Interessen nicht in militante Aktionen durchsetzen, sondern sich auf den "demokratischen" Hick-Hack der Gremien und Ausschüsse einlassen. Daher ihre konziliante Haltung. Im Gegensatz zum Senat sind sie nicht für die direkte sture Unterdrückung, sondern für die verschleierte, und damit sind sie die besseren Interessenvertreter der Kapitalisten.

Zusammen mit Kreibich hat der Mittelbau durch das Hochschulgesetz die Macht übernommen. Ihnen, und nicht mehr nur verkappten Fossilien stehen die Studenten im Kampf gegen die Funktionalisierung der Uni gegenüber. Es kommt also darauf an, nicht in die Falle der "konstruktiven Mitarbeit" zu tappen, oder sich defensiv auf die Sicherung sozialistischer "Freiräume" zu beschränken, sondern den offensiven politischen Kampf, durch den diese Freiräume entstanden sind, weiterzuführen und zu verstärken.

PAWLA-BRIEF AUS TEGEL

Salute, danke für eure Solidarität und für eure Vermittlerrolle. Jetzt bekomme ich schon mehr Post und das schönste ist immer, wenn ich von der Arbeit komme und es liegen zwei bis drei Briefe auf meinem Luxusbett. Denkt vor allem an die Genossen, die in der U-Kiste sitzen. Aber an alle - auch an die, die in Bonnies Ranch eingewandert sind. Ich habe mich an den Knast gewöhnen müssen, denkt aber an die, erst eingewandert sind und den ganzen Schock und ihre Psychosen überwinden müssen. Denkt auch an Horst, ich bin des gleichen Delikts angeklagt, geht zu seinem Prozeß, er hat exemplarischen Charakter und zeigt den wahren Charakter unserer so reformfreudigen Justiz. Ein Brief an euch wurde angehalten, meine Hausstrafe (Einkaufssperre) habe ich auch noch bekommen. Auf meine Beschwerde beim Justizvollzugsamtspräsidenten wurde auszugswiese so geantwortet: "Sie seien nicht verpflichtet, sich hausordnungsgemäß zu verhalten. Diese Auffassung ist unzutreffend. Sie sind deshalb zu recht mit ... Hausstrafe belegt worden, deren Art und Höhe sie nicht zu beanstanden vermögen. Die Strafe erscheint bei ihrer Einstellung als sehr milde (ich hatte während der Freistunde geraucht). Falls sie ihre Auffassung nicht ändern sollten, müssen sie künftig bei ähnlichen Verstößen gegen die Hausordnung mit der Verhängung empfindlicherer Hausstrafen rechnen."

Empfindlich kann heißen: Arrest, hartes Lager, Essensentzug, Einkaufssperren für mehrere Monate. etc nach StVollzO nr. 181 - 190.
Karl Pawla

